

EINORDNUNG

Seit dem 25. November 2025 wird vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden sieben Antifaschist*innen der Prozess gemacht. Ihnen wird die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) sowie das Mitwirken an sogenannten Vereinigungstaten vorgeworfen.

Der Gerichtsprozess ist ein weiterer Schritt der Kriminalisierung antifaschistischen Selbstschutzes. Die Repressionswelle nahm ihren Anfang im Dezember 2019. Damals wurden Neonazis der Gruppe „Knockout 51“, die den Anspruch erhoben in Eisenach eine nationalsozialistische Zone errichtet zu haben, mehrfach angegriffen. Noch wurde in diesem Fall vor allem lokal ermittelt. Erst nach einem Angriff auf Neonazis am Bahnhof Wurzen, im Zusammenhang mit dem jährlichen Neonazi „Gedenkmarsch“ in Dresden 2020, werden die Ermittlungen ausgeweitet und politisch aufgeladen.

Die Sonderermittlungskommission Linksextremismus (SoKo LinX) wird 2019 als Law and Order Wahlkampfgeste der CDU aktiv. Das dezidierte Ziel besteht darin, konsequente linke Politik als Gefahr aufzubauen. Im Sommer 2020 folgen martialische Hausdurchsuchungen, DNA-Entnahmen und die Untersuchungshaft einer Genossin. Auf die Ermittlungen folgt das §129-Gerichtsverfahren (Antifa Ost-Verfahren) vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Dresden, bei dem vier angeklagte Antifaschist*innen im Mai 2023 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.



VOM ANTIFA OST-VERFAHREN ZUM ANTIFA-OST-KOMPLEX

Schon vor Beginn des Antifa Ost-Verfahrens rechnen die SoKo LinX und die Generalbundesanwaltschaft (GBA) der angenommenen Vereinigung und dem behaupteten Umfeld weitaus mehr Personen zu, als die Anklage umfasst. Folgeverfahren waren und sind absehbar. Dabei haben zwei Entwicklungen zur Ausweitung der Repression beigetragen:

Der Vergewaltiger und Verräter Johannes Domhöver wurde eine wichtige Stütze der Repression. Seine Geschichten lassen die auf Vermutungen basierenden Konstruktionsleistungen der Ermittlungsbehörden zutreffender erscheinen. Domhövers Aussagen richten sich nicht nur gegen die konkret Verdächtigten, sondern umfassen eine dreistellige Personenanzahl. Sie spielten und spielen bei der Verfolgung und Verurteilung der Antifaschist*innen eine tragende Rolle.

Im Anschluss an das Neonazi-Event „Tag der Ehre“ 2023 in Budapest wurde die Repression abermals ausgeweitet. Nach Angriffen auf Neonazis tauschen sich ungarische und deutsche Ermittlungsbehörden aus. Es soll eine kriminelle Vereinigung zugeschlagen haben. Orban nennt sie im Einklang mit Trump und der Medienberichterstattung „Antifa Ost“. Die USA erklärt sie zu einer terroristischen Organisation. Während in Ungarn dieser Vorwurf die gesamte antifaschistische Bewegung einschließt.

Aufgrund der Ausweitung der politischen und juristischen Angriffe auf den antifaschistischen Selbstschutz sprechen wir vom Antifa-Ost-Komplex.

DIE JURISTISCHE DIMENSION: GERICHTSVERFAHREN OHNE ENDE?

Nach der Eröffnung des ersten Antifa Ost-Verfahrens vor dem Staatsschutzsenat des OLG Dresden wurde bisher vier Mal Anklage gegen Antifaschist*innen in diesem Komplex erhoben:

BUDAPEST

Nach gut zwei Jahren endete im Februar 2026 der Prozess in erster Instanz vor dem Landgericht in Budapest. Vier Genoss*innen wurden überwiegend zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Eine weitere Genossin entkam nach Untersuchungshaft vorerst dem Prozess durch ein Mandat im Europaparlament.

MÜNCHEN

Einer Antifaschistin wurde vorgeworfen Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein und sich an Überfällen auf Neonazis während des „Tag der Ehre“ in Budapest beteiligt zu haben. Das Verfahren gegen sie endete nach 32 Verhandlungstagen mit einer Verurteilung zu einer fünfjährigen Haftstrafe.

DRESDEN & DÜSSELDORF

Das Verfahren in Dresden, richtet sich gegen sieben Antifaschist*innen. Mit gut 140 angesetzten Verhandlungstagen ist es bisher der umfangreichste Prozess gegen Antifaschist*innen in Deutschland. Ähnliches gilt für das Verfahren in Düsseldorf, gegen sechs Antifaschist*innen. In diesen beiden Gerichtsprozessen werden sowohl die Angriffe in Budapest, als auch mehrere Angriffe auf Neonazis und ihre Läden in Deutschland angeklagt.